



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/169

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
17. November 1949

## Zweihundert wollen Deutschland neutralisieren

---

sp. Westdeutschland hat das Glück, in diesen Tagen von einer grösseren Anzahl neutralisierungsbegeisterter Ostzonenpolitiker

heimgesucht zu werden. Der Generalsekretär des Volksrates, Koenen, der stellvertretende Ost-Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende Nusch-

ka, Professor Hickmann von der sächsischen CDU, Ostzonen-Pressechef Norden, offizielle Vertreter der Ost-LDP und eine Reihe Prominenter

haben Professor Noack ihr Erscheinen auf dem "ersten Deutschland-Kongress der Freunde des Neutralisierungsgedankens" zugesagt. Dass

zum weitaus überwiegenden Teil bürgerliche Ostpolitiker kommen, mag auf die entsprechende Zusammensetzung des "Nauheimer Kreises" zurück-

zuführen sein. Es hält sich jedoch auch die Auffassung, dass die SED mit der Pro-Noack-Linie der über die westdeutschen Kommunisten ent-

täuschten SMA nicht ganz einverstanden ist. Von der ersten Garnitur der "Bundeskommunisten" hat man auf dem jetzt in Rengedorf bei Neu-

wied (französische Zone) stattfindenden Kongress offenbar niemand erwartet.

Die im Falle Tito etwa keineswegs sonderlich neutralisierungsfreudigen Russen dürften von einem Erfolg der Bestrebungen Noacks

erwarten, dass in Westdeutschland eine starke öffentliche Meinung für die vorzeitige Räumung durch die Westalliierten entsteht. Letzt-

lich geht es ja doch nicht um die Freiheit und Einheit Deutschlands, von der man so viel und so laut spricht, sondern um nationale Ziele

der russischen Aussenpolitik. Wenn sich die Amerikaner und die Engländer aus Deutschland zurückziehen, hat Moskau mit der Volkspoli-

zei und mit dem sowjetischen Polen unter Rokossowski freies Spiel in Europa.

Angesichts dieser eindeutigen Tatsache muss die von Noack versandte Teilnehmerliste des Kongresses mit 201 Namen Verwunderung

hervorrufen. Dass der ehemalige Bieler Minister Arp und der Nürnberger Oberbürgermeister Ziegler, die beide wegen ihrer pro-östlichen

Haltung aus der SPD ausgeschlossen wurden, zu Noack stossen würden, mußte man erwarten. Das gleiche gilt vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung und ähnlichen Vereinigungen. Interessanter ist schon, dass die "Sammlung zur Tat" jetzt durch drei namhafte Vertreter Farbe bekennt. So finden sich der Gründer der SZT und die von Otto Strasser herkommenden Landesleiter Kampf, Frankfurt und Bauer, Köln auf der Tagungsliste. Aufschlussreich ist ferner, dass der ehemalige KP-Fraktionssekretär und jetzige Leiter des "Deutschen Freiheitsbundes", Theo Kögler aus Hamburg und Dr. Hamelbeck - Bonn, von der RSP (Radikalsozialistische Freiheitspartei) Referate übernommen haben.

Natüremäss muss auch Herr von Ostau mit von der Partie sein. Er soll sich mit dem Plan einer neuen Gründung tragen und wird im übrigen selbst in den eigenen Kreisen nicht mehr allzu ernst genommen. Unbehagen verursacht jedoch die Tatsache, dass sich Namen von Flüchtlingsvertretern auf der Liste finden. Da ist einerseits Kopitschek, der dem Volksrat angehört und vor einiger Zeit, so heisst es jedenfalls, eine dringende Mahnung Ulbrichts zur Rückkehr nach Berlin abgelehnt haben soll. Vor allem aber ist da Dr. Ott, MdB, der als unabhängiger Flüchtlingskandidat in Württemberg gewählt wurde. Die Teilnahme dieser Leute ist angesichts der wachsenden Tendenzen in einigen Flüchtlingskreisen bedenklich, auf der Basis einer Verständigung mit Russland in die alte Heimat zurückzukehren.

Es wäre falsch, die grosse Anzahl oft angesehener, bürgerlicher Persönlichkeiten auf der Tagungsliste mit den Agenten des Kream in einen Topf zu werfen. Bei manchen mag misgeleiteter Idealismus und Weltfremdheit, bei anderen werden egoistische Erwägungen eine Rolle spielen, wo die Angst vor einer blutigroten Zukunft oder die Erinnerung an eine bräunliche Vergangenheit zu einem Flirt mit KP oder Noack mahnen. Aber trotzdem scheint ein Oberstaatsanwalt aus Düsseldorf oder ein Vizeregierungspräsident aus Koblenz auf der Liste nicht am richtigen Platz zu sein. Das gilt doch wohl auch von dem Syndikus der Remscheider IHK, Dr. Ringel, Direktor Bernd von der Friedrichshütte in Hardorf und Ministerialrat a.D. Burmeister von den Tuttlinger Chironwerken, sowie von Legationsrat a.D. Stehmer und Dr. Becker vom Frankfurter Büro für weltpolitische Studien.

(b/B78/1711/2/ns)

### Hofnachrichten aus dem Zuchthaus

---

Von Zeit zu Zeit gehen Meldungen durch die Blätter, die uns über das Schicksal unserer Kriegs- und Friedensverbrecher beruhigen. Wir

lesen, wie sie ihre Tage ausfüllen, wer von ihnen Papiertüten klebt und wer im Garten arbeitet. Die Bulletins versäumen auch nicht, uns

über den Gesundheitszustand der rechtskräftig zu langen schweren Freiheitsstrafen verurteilten Nationalsozialisten zu unterrichten,

sie teilen uns ihre Stimmungen mit und ihre Ansichten über die politische Lage.

"Funk operiert", heisst es etwa in der Überschrift, oder "weniger Geld für Hess und Raeder". Alle diese Nachrichten von den längst ge-

stürzten kurzfristigen Grössen werden in den Zeitungen ernsthaft verzeichnet und scheinen - wie ehemals die Interna vom kaiserlichen

Hof- des Leserinteresses sicher zu sein.

Sind sie es? Mit welchen Gefühlen und Überlegungen nimmt sie der Leser entgegen? Mit einem Gefühl der Genugtuung, dass der Verbrecher

seinen Richter fand? Lässt er sich abschrecken und empfindet er, wie es dem brutalen Übermut ergehen muss? Das ist längst vorbei und war

viel stärker, als die Angeklagten vor dem Gericht standen. Oder sagt sich der Leser: so sorgen wir noch für die armen Schwächer, die der

Vergeltung anheimfielen? Das wäre eine billige Selbstbefriedigung, nicht weit von der Heuchelei und der inhaltlosen Phrase entfernt,

denn andere machen den Büttel, andere sind für einen humanen Strafvollzug besorgt, andere tragen die Kosten.

Jede Hofnachricht, und käme sie aus dem Zuchthaus, erweckt eine dumme, kleinliche Neugierde, befriedigt die Sensationslust und kitzelt

die Minderwertigkeitsgefühle, die selbst noch von der gestürzten Grösse einen Abglanz zu erhaschen wünschen.

Napoleon auf St. Helena mag ein lohnendes Objekt der Anteilnahme und Betrachtung sein, Schirach, Neurath und Dönitz im Spandauer Ge-

fängnis sind es keinesfalls. Wir wissen, was sie getan, wohinein sie geraten sind. Sie wurden schuldig und mitschuldig an unserem Schick-

sal, ihr Schicksal sollen sie zu Ende tragen. Sie sind keine verwundeten Adler, sie haben nicht Bonapartes Geist, ihr längst verwehter

Glanz war schäbig und angemast, sie waren so gross wie die zappelnden, buntgewandeten Marionetten. Die Verurteilung dieser Männer

17.11.1949

war eine Nachricht, auch ihre Einkerkierung, ihre Zahnschmerzen, ihre Gemütsverfassung und ihre verstorbenen politischen Meinungen gehen uns nichts an.

Ihre Taten werden wir nicht vergessen, selbst wenn wir es wollten, aber ihre Existenz hat ausgelöscht zu sein im Gedächtnis der zivilisierten Menschheit. Es gibt ein zweites, härteres Urteil für sie: "Nicht gedeckt soll ihrer werden".

W.Dr.

\*\*\*\*\*

Morgan Phillips' Brief an Dr. Schumscher

sp. Der von Morgan Phillips, dem Generalsekretär der Labour Party angekündigte Brief im Zusammenhang mit der Antwort der englischen Sozialisten auf die Demontage-Dankschrift der SPD ist nun eingetroffen. Der Brief ist an Dr. Kurt Schumscher gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

"Ich freue mich, Sie davon unterrichten zu können, dass der Vorstand der Labour Party das Memorandum Ihrer Partei über die Demontagefrage auf der letzten Sitzung besprochen hat. Der Vorstand der Labour Party war einmütig der Auffassung, dass ein Ende der Demontage gesucht werden sollte, vorausgesetzt, dass genügende Sicherheitsmaßnahmen durch andere Mittel gefunden werden.

Der Vorstand der Labour Party ist ausserdem der Meinung, dass ein engerer Kontakt zwischen Labour Party und SPD durch einen persönlichen Besuch in Deutschland gesucht werden soll. Infolgedessen hoffen die Vorsitzenden der Labour Party, Mr. Sam Watson und ich selbst, Deutschland in allernächster Zeit zu einem Ihnen geeignet erscheinenden Termin besuchen zu können. Wir würden es begrüßen, wenn wir Gelegenheit hätten, Ihren Parteivorstand zu treffen. Ich würde mich freuen, von Ihnen ein geeignetes Datum für den Besuch zu erfahren. Soweit die Labour Party in Betracht kommt, würde die am besten geeignete Zeit zwischen dem 23. November und dem 28. Dezember liegen. Mit den besten persönlichen Wünschen Ihr ergebener Morgan Phillips".

\*\*\*\*\*

- 5 -

Auf Konto Moskau

sp. Das Zentralorgan der tschechischen Kommunisten, das "Rude Pravo", behandelt in einem Festaufsatz anlässlich der tschechisch-sowjetischen Freundschaftswoche auch die Frage der Vertreibung der Sudetendeutschen, für die nach dieser Darlegung einzig und allein den Bolschewisten der tschechische Dank zu zollen wäre. "Die Westmächte", so heisst es in dem Artikel wörtlich, "sträubten sich gegen unsere Forderung auf Abschub der Deutschen. Sie unterstützten Wenzel Jaksch, der für die sudetendeutsche Minderheit die "Autonomie" forderte. Ohne Wissen unserer Regierung wurden sogar Agenten Jakschs mit Fallschirmen abgeworfen. Ohne die Sowjetunion wäre es mit der Frage des Abschubs für uns schlecht ausgefallen. Der grosse Stalin selbst stellte sich auf der Potsdamer Konferenz nachdrücklich hinter die Verwirklichung unserer Forderung und beharrte darauf, dass der Abschub sofort durchgeführt werde, noch bevor es zu einer endgültigen Regelung kommt. Wäre es nach den Sehnsüchten und Wünschen unserer westlichen "Verbündeten" gegangen, so wäre der Abschub der Deutschen bis heute nicht zur Durchführung gelangt".

(b/B81/2/hs/1711/)

\*\*\*\*\*

Nachrichten aus der Ostzone:

Als neu mach' alt

sp. Auf dem Verschiebebahnhof Riesa/Büfen traf kürzlich ein aus 36 völlig neuen Waggons bestehender Güterzug ein, der die Herkunftsbezeichnung "Bremen" führte. Der Zug war dem Bahnhof Riesa durch die Reichsbahndirektion Dresden zugewiesen worden. In Riesa wurde der Zug sofort durch die SMA beschlagnahmt. Auf Befehl der Kommandantur wurde der Zug in den folgenden Tagen mit Raps und Getreide beladen und in Richtung Polen - Sowjetunion in Fahrt gesetzt. Nach Feststellung des Eisenbahnpersonals kehrten bisher guterhaltene Güterwagen, die mit Reparationsgütern nach der Sowjetzone verladen worden waren, in ihre Heimatbahnhöfe nicht zurück. An ihrer Stelle beschrifteten die Sowjets alte ausgeschlachtete Güterwagen mit den Nummern und Zeichnungen der zurückbehaltenen Wagen, so dass die registrierten Güterwagen zwar zu ihren Herkunftsbahnhöfen zurückkehrten, jedoch nach kurzer Zeit aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

\*\*\*\*\*

Gegen jede Geheimpolitik

---

über die  
Bericht SFD-Tagung in Herne

sp. Herne, 17. November

Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der SPD haben einstimmig und ohne Vorbehalt die Politik gebilligt, die der Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion am Dienstag im Bundestag eingenommen hat. Der Bremer Senatpräsident Kaisen hat inzwischen eine Erklärung abgegeben, in der er sich nachdrücklich gegen die durch eine Agentur verbreitete Meldung wendet, er habe sich in einer Versammlung Berliner SPD-Funktionäre gegen die Politik Dr. Schumachers gewandt. Seine Bemerkungen seien grob entstellt wiedergegeben worden. Völlig aus der Luft gegriffen waren ausserdem Meldungen, dass zwischen Dr. Schumacher auf der einen und Erich Ollenhauer und Carlo Schmid auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten entstanden seien. Das ist nicht einmal in Nuancen, geschweige denn in irgend welchen wesentlichen Punkten der aussenpolitischen Konzeption der SPD der Fall gewesen.

Das zusammenfassende politische Referat am ersten Tage der Beratungen, also in der Vorstandssitzung, hielt Erich Ollenhauer, der zunächst einen Rückblick auf den historischen Ablauf der Geschehnisse, vor allem in der ersten Novemberhälfte, gab. Er sagte dann u.a.:

"Wenn wir nicht aufpassen, sind wir auch ohne den Artikel 48 in wenigen Wochen oder Monaten im Zustande eines autoritär regierten Landes. Wir haben dann eine Regierung, die sich um das Parlament, besonders aber um die Opposition, nicht im geringsten kümmern wird".

Es sei die Pflicht der Opposition gewesen, gerade in diesem Augenblick der Welt klarzumachen, dass der Bundeskanzler mit seiner selbstherrlichen aussenpolitischen Initiative durchaus nicht als Sprecher des ganzen deutschen Volkes auftreten könne. Die These, dass Regierung und Opposition in aussenpolitischen Fragen zusammenarbeiten sollten, könne schliesslich nicht heissen, dass die Regierung oder ihr erster Repräsentant unter Berufung auf diese These tun, was sie wollen, ohne sich vorher mit der Opposition ins Einvernehmen zu setzen, aber gleichzeitig ihre Blankozustimmung zu erwarten. "Für die Sozialdemokratie bestand ganz einfach die Notwendigkeit, eindeutig Stellung zu beziehen, gleichzeitig aber einen Beitrag durch praktische Vorschläge für eine vernünftige deutsche aussenpolitik im

Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu leisten. Auch das ist durch die Rede Dr. Schumachers geschehen.

Am Donnerstag vermittelte sprach denn in einem 1 1/2-stündigen Referat Kurt Schumacher vor den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Partei-Kontrollkommission über die politische Situation. Die Ausführungen hielten sich weitgehend im Rahmen seiner Darstellung vor dem Bundestag, wenn sie auch stärker ins Detail gingen, entsprechend dem internen Parteicharakter der Versammlung.

Der Vorstand hat sich denn mit der Aufnahme von Ostzonenflüchtlingen beschäftigt, wobei der niedersächsische Flüchtlingsminister Alberts einen Überblick über den derzeitigen Stand dieser Frage gab. Der Vorstand fordert die Bundestagsfraktion auf, die Bundesregierung zu veranlassen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Sowjetzone sichergestellt und der unerträgliche Zustand von im Bande umherziehenden abgewiesenen Flüchtlingen beendet werde. Der Vorstand war in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der Auffassung, dass kein Deutscher auf deutschem Boden das Recht habe, Deutsche zwangsweise in einen anderen Teil Deutschlands zurückzuführen, es sei denn, es handele sich um Verbrecher. Der Vorstand appellierte an die Mitglieder der Partei, überall dort, wo sie politische Verantwortung tragen, mit gutem Spiel voranzugehen und alles menschlich Notwendige zu tun, um den Bedrängten wirksam zu helfen.

In Beantwortung einer Anfrage bestätigte Dr. Schumacher, dass die SPD in der Frage einer denkbaren teilweisen Wiederaufrüstung Deutschlands ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt beibehalte.

\*\*\*\*\*

Keine Handhabe gegen Protestmärsche. (sp.) Dieser Tage wurde durch einige Zeitungen die Meldung verbreitet, ein Sprecher des Flüchtlingsministeriums habe mitgeteilt, dass die nach Bonn marschierenden Flüchtlinge ihr Ziel nicht erreichen würden. Es ist hinzugefügt worden, diese Flüchtlinge hielten sich illegal in der Westzone auf und unterlägen damit den Sicherheitsvorschriften der Landespolizei. Dazu erklärte der niedersächsische Flüchtlingsminister Alberts bei der SPD-Tagung unserem Mitarbeiter: "Ich bin am letzten Freitag nachmittag durch den Bundesflüchtlingsminister telefonisch dahin informiert worden, dass die Bundesregierung den dringenden Wunsch habe, die damals noch auf niedersächsischem Boden befindlichen Flüchtlinge durch die Landespolizei aufzuhalten und sie, wenn es kein anderes Mittel gäbe, in das Lager Ulzen zurückzubringen. Ich habe darauf im Einvernehmen mit dem niedersächsischen Innenminister geantwortet, dass keine deutsche Polizei das Recht habe, einen Deutschen, der zu Fuss nach irgend einer Stadt Deutschlands, also auch nach Bonn, zu wandern wünsche, daran zu hindern, weil damit die primitivsten Grundrechte der Verfassung verletzt würden. Es ist dann Vorsorge getroffen worden, dass die Flüchtlinge ungehindert Niedersachsen durchwandern konnten. Sie sind inzwischen auf nordrhein-westfälischem Boden angekommen".

\*\*\*\*\*